UNIVERSITY OF LOS ANGELES CALIFORNIA
OCT 26 1936
LIBRARY

Nachmittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 9. Oktober	Nr. 1328

Einladung des rumänischen Außenministers nach Warschau.

Warschau, 9. Oktober. Nach rumänischen Meldungen hat Außenminister Beck in Genf den rumänischen Außenminister Antonescu zu einem Besuche in Warschau eingeladen. Man nimmt an, daß der Besuch im November stattfinden wird.

Ministerpräsident Hodscha zur Abwertung der Krone.

Prag, 9. Oktober. Ministerpräsident Hodscha führte Donnerstag im Senat aus, daß die Abwertung des Jahres 1934 im Mittel 16⅔ v. H. und die jetzige Abwertung 15,98 v. H. betrage, so daß sich insgesamt eine Devalwierung der Tschechenkrone um rund 30 v. H. ergebe. Die Devalwierung, die sich in den Grenzen der französischen und der schweizerischen Abwertung bewege, werde keine Repressalien hervorrufen. Die Tschechoslowakei hoffe, daß die Befolgung der von Frankreich angekündigten Politik des Abbaus der Zölle und Kontingente den Beginn einer neuen wirtschaftspolitischen Aera der Welt bedeuten werde. Die Regierung werde Maßnahmen zur Verbänderung der Preissteigerungen treffen. Die inländische Rohstoffe verarbeitende Industrie und die Landwirtschaft würden die Preise nicht verteuern. Dadurch gelange man zu einer sicheren Grundlage für eine gleichbleibende Höhe der Inlandspreise.

Alum gibt dem kommunistischen Druck nach.

Paris, 9. Oktober. Die Verhandlungen des Innenministers und des Ministerpräsidenten mit den Vertretern der Kommunistischen Partei über die für Sonnabend und Sonntag geplanten Demonstrationen der Kommunisten in Elsaß-Lothringen haben nicht das von der Regierung gewünschte Ergebnis gehabt. Man hatte gehofft, die Kommunisten angesichts der in Elsaß-Lothringen herrschenden Erregung zur Vertagung ihrer Kundgebungen bewegen zu können. Sie haben jedoch darauf bestanden, von den ursprünglich vorgesehenen 127 Versammlungen 10 abzuhalten. Die Regierung hat sich schließlich damit einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß keine öffentlichen Umzüge im Anschluß an die Versammlungen stattfinden. Die Städte, in denen die kommunistischen Versammlungen abgehalten werden, sind noch nicht bekannt.

Die **Humanité**, die aus dem kommunistischen Druck auf die Regierung gar kein Hehl mehr macht, glaubt ankündigen zu können, daß die Verhaftung de la Rocques bevorstehe.

Gegen de la Rocque und einige seiner engsten Mitarbeiter ist in der Tat ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden. Er hat daraufhin an seine Anhänger einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Die an der Macht befindliche Regierung gibt unter dem Moskauer Terror allen Erpressungen der Thorez, Duclos, Cachin und Marty nach. Die Methoden sind von den Methoden der Tscheka und der GPU. beeinflußt: Furcht und Schmach kennzeichnen sie. Im Namen Frankreichs, das trotz des Verrats ausländischer Söldlinge gesund geblieben ist und im Namen der Anständigkeit verlangen wir die Auflösung der Kommunistischen Partei, die der erklärte Feind unserer Verfassung ist. Wir fordern auch die Verhaftung ihrer Führer, die die Regierung mit ihrem Beschlag belegt haben, das republikanische Regime stürzen und die Diktatur der Internationale an seine Stelle setzen wollen."

Daß mit dem Feilschen um die Zahl der kommunistischen Veranstaltungen in Elsaß-Lothringen die Angelegenheit noch längst nicht erledigt ist, geht aus Pressestimmen hervor. So schreibt das **Echo de Paris**: „Ob 10 oder 127 Versammlungen, die kommunistischen Veranstaltungen in Elsaß-Lothringen bleiben eine Provokation. Es ist unglaublich, daß die Regierung sich zu Helfershelfern der Moskowiter macht. Wer wollen haben Blum und Salengro ihre Machtbefugnisse mißbraucht."

Das in deutscher Sprache erscheinende Blatt **Der Elsässer** schreibt unter der Ueberschrift: „Hinaus mit der Moskau-Pest":

„Kommen diese roten Agenten, um uns die berühmte Bruderhand zu reichen? Sie kommen, um . . . . . herauf; denn dort, wo sie das Szepter schwingen, herrscht Slaventum, Mord und Vernichtung. Wir alle sehen im Geiste den blutig roten Himmel des unglücklichen Spanien mit seinen entsetzlichen Massenhinrichtungen, seinen brennenden Kirchen, seinen ermordeten Bischöfen und Geistlichen, seinen noch im Grab geschändeten Nonnen, mit allen bestialischen Methoden, die uns Sowjetrußland eingeführt sind. Gegen solchen Satanismus lehnt sich unser ganzes Volk mit ingrimmiger Wut auf. Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit gegen die dreisten Provokationen des Verhaltens der bolschewistischen Agenten im Elsaß wie in Lothringen. Und daß wir nicht allein stehen, beweist folgender Aufruf, der an unseren Plakatsäulen im ganzen Land zu lesen sein wird unter dem Titel „Wir bulden das nicht!":

„Die Kommunistische Partei greift das Elsaß an. Die Agitations-Kampagne, die von Moskau befohlen wurde, soll am nächsten Sonntag beginnen. Cachin, Thorez und all ihre Söldlinge haben sich in unseren Städten und Dörfern angemeldet. Das altehrwürdige Elsaß erhebt sich in Massen ohne Meinungs- oder Parteiunterschiede gegen diese Provokation! Wir wollen hier bei uns den Frieden. Wenn die öffentliche Behörde ihre Pflicht nicht erfüllt und diese Versuchung nicht verbietet, so werden wir das Beispiel der Pariser nachahmen, die am letzten Sonntag die rote Fahne zurückgedrängt haben. Steht alle auf! Für die Eintracht in Ruhe und Würde! Für ein sauberes und einiges Frankreich!"

Die Regierung sei somit gewarnt, schließt das Blatt. Moskau werde weder im Elsaß noch in Lothringen jemals Meister werden. Wenn die Regierung die Elsaß-Lothringer vor dieser Pest nicht schützen könne oder wolle, dann werde sich das Volk selbst zu helfen wissen.

„Le Jour": Eine Moskauer Erpressung.

Paris, 9. Oktober. Die Drohung der Sowjetregierung in ihrer Note über den Nichteinmischungspakt hat in Paris wie eine Bombe eingeschlagen. Ministerpräsident Blum und Außenminister Delbos werden am Freitag mit den englischen Außenminister Eden auch über die etwaigen Folgen des sowjetrussischen Schrittes und, wie viele Blätter wissen wollen, über die gemeinsame Haltung Frankreichs und Englands beraten. Es sind nur wenige Blätter, die den sowjetrussischen Vorstoß billigen oder zu rechtfertigen versuchen.

Der **Petit Parisien** verzeichnet die Möglichkeit, daß die Atmosphäre Europas gestört werden könnte und gewisse Bemühungen der Diplomatie zweifellos erneut notwendig werden würden, um die Ruhe wiederherzustellen und den Boden für die großen Verhandlungen im Hinblick auf die europäische Befriedung vorzubereiten.

Le Jour schreibt, der sowjetrussische Schritt sei eine Warnung an Europa. Jetzt müsse sich erweisen, ob die Großmächte etwa die Absicht hätten, der Moskauer Erpressung nachzugeben.

Das **Echo de Paris** hält es für wenig wahrscheinlich, daß Sowjetrußlands Schritt die Rettung der Spanischen Republik bedeute. Hierzu sei es viel zu spät. Kein sozialistisches oder Volksfront-Land könne heute noch, selbst mit den größten Hilfsmitteln, den Zusammenbruch des Madrider Regimes verhindern. Es handele sich also eher um ein bestimmtes Manöver. Das Blatt glaubt an eine aus der innerpolitischen Lage Sowjetrußlands zu erklärende Initiative.

Durch die im Londoner Kontrollausschuß eingenommene Haltung wolle der Sowjetdiktator die öffentliche Meinung beruhigen, deren Wortführer er beiseite gebracht habe, und gleichzeitig versuche er, die Anhänger der Komintern zu besänftigen, die Moskau durch den Beitritt zum Nichteinmischungspakt sehr stark verstimmt habe.

Der **Excelsior** meint, das internationale Manöver werde anscheinend durch ein innerpolitisches, auf England gemünztes Manöver ergänzt. Zweifellos wäre Sowjetrußland nicht böse, wenn es die konservative Londoner Regierung in Gegensatz zur Linken bringen könnte, die sich gleichzeitig für die Nichteinmischung in den spanischen Konflikt und für die Nichtzulassung der Kommunisten zur Labour Party ausgesprochen habe.

Das **Journal** spricht von den verdoppelten Bemühungen der Sowjets, das Neutralitätsabkommen zunichte zu machen, und glaubt, den Hauptgrund in der Opposition Sowjetrußlands gegen die Einstellung der Westmächte zu finden. Die Hauptaufgabe sei deshalb, alles zu vermeiden, was Europa in zwei feindliche Lager spalten könnte.

La République erklärt, daß es sich für Moskau unter dem Vorwand, Spanien zu retten, lediglich darum handele, Frankreich zu mißbrauchen. Moskau habe geschworen, Frankreich zu zwingen, Farbe zu bekennen. 72 französische Abgeordnete als Söldlinge Moskaus arbeiteten für das Moskauer Spiel.

Die kommunistische **Humanité** schreibt, wenn man den spanischen Kriegführern ein entschlossenes „Nein" zurufe, dann werde man für die Ruhe und Sicherheit Europas nützliche Arbeit geleistet haben.

Die radikalsozialistische **Ere Nouvelle** ist der Ansicht, daß der von der Sowjetunion zum Ausdruck gebrachte Wunsch sei, Handlungen zu unterbinden, die den Frieden gefährden könnten.

Das **Oeuvre** meint, die spanische Frage könne nicht beiseite geschoben werden; denn der Angriff gegen die spanische Demokratie richte sich zugleich gegen die europäische Demokratie.

Wieder eine Fabrikbesetzung in Paris.

Paris, 9. Oktober. Eine Pariser Papierfabrik wurde am Donnerstag von der Belegschaft besetzt, weil man plötzlich entdeckt hatte, daß der Werksleitung täglich ein Scheckbetrag zugeschickt wurde, der angeblich für Streikende bestimmt war. Die in der Fabrik beschäftigten Frauen stellten ein Ultimatum und als sie keine Antwort erhielten, belegten sie die Werksräume mit Beschlag.

Wieder kommunistischer Terror in Frankreich.

Paris, 9. Oktober. Nach den Enthüllungen der Presse über das in Soissons tagende „Revolutionsgericht" wird jetzt ein neuer Fall politischen Terrors bekannt. Ein nationalgesinnender Arbeiter der Renault-Kraftwagenwerke von Boulogne wurde von zwei kommunistischen Arbeitsgenossen nach einem Wortwechsel niedergeschlagen und so schwer mißhandelt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

„Man hat", so schreibt das „Echo de Paris", „überhaupt keine Rechte mehr, seitdem der Kommunismus seine Diktatur ausübt. So also wollen Thorez und Genossen ein freies, starkes und glückliches Frankreich schaffen!"

Bedrohliches Anwachsen des Anarchismus in Frankreich.

Paris, 9. Oktober. Die Sicherheitspolizei hat in letzter Zeit, wie der Temps meldet, ein gefährliches Anwachsen der anarchistischen Bewegung, vor allem in Paris, festgestellt. Früher fanden sich zu den anarchistischen Versammlungen 100 oder 200 Personen ein, jetzt werden diese Versammlungen von einigen tausend Personen besucht. Diese Bewegung wird von der Regierung mit einiger Sorge beobachtet. Die Extremisten, die auf den Erfolg der Kommunisten und den Sieg der Revolution und des Antimilitarismus in Frankreich gehofft hatten, verlassen angeblich die Kommunistische Partei, um in die Reihen der Anarchisten einzutreten.

Die Ausplünderung der Bank von Spanien.

Paris, 9. Oktober. Der Figaro, der eine eingehende Unterhaltung über die spanischen Goldtransporte nach Frankreich angestellt hat, teilt mit, daß in Madrid sämtliche Kisten mit Goldbarren und Goldmünzen an Bord spanischer bzw. französischer Flugzeuge verladen würden. Auf diese Weise habe man zwischen dem 28. Juli und dem 28. August 2 312 000 Pfund Sterling nach Paris geschafft. Seit Anfang September seien die Transporte verstärkt worden, so daß heute mehrere Milliarden Gold aus Spanien in der Bank von Frankreich und in verschiedenen Toulouser Banken untergebracht seien. Ueberdies sei in einer amerikanischen Bank zu Paris auf den Namen des neuen spanischen Botschafters ein Konto von 150 Millionen Franken eröffnet worden zur Regelung von Ankäufen, auf die man wohl nicht näher einzugehen brauche.

Der „Figaro" legt besonderen Nachdruck auf die Tatsache, daß das Verhalten Frankreichs in dieser Angelegenheit eine eindeutige Stellungnahme zugunsten einer der kämpfenden Parteien sei und keineswegs mit dem Geist und Buchstaben eines Neutralitätsabkommens in Einklang gebracht werden könne.

Rücktritt Malcolm Stewards.

London, 9. Oktober. Der Oberkommissar für die Notstandsgebiete von England und Wales, Malcolm Steward, hat dem Arbeitsminister aus persönlichen Gründen das Rücktrittsgesuch eingereicht. Sein Nachfolger soll Sir George Gillett werden, ein Mitglied der Nationalen Arbeiterpartei.

„Financial News" zum Währungsabkommen.

London, 8. Oktober. Das führende Finanzblatt Financial News sieht aus einer Rede, die Schatzkanzler Neville Chamberlain vor kurzem gehalten hat, den Schluß, daß die englische Regierung nicht beabsichtige, sich hinsichtlich der Währung irgendwie zu binden. Es sei jetzt ganz klar geworden, daß die im Zusammenhang mit der Frankenabwertung abgeschlossene englisch-französisch-amerikanische Vereinbarung praktisch kaum eine Bedeutung habe. Das englische Pfund sei genau so frei wie zuvor und wenn die Aufrechterhaltung der Politik des „billigen Geldes" eine Abwertung des Sterling erfordern sollte, dann würde diese Abwertung stattfinden. Die Klarstellung dieser Frage durch Chamberlain sei von allererster Bedeutung.

Das bedeute allerdings nicht notwendigerweise, daß die Beziehungen zwischen Dollar, Franken und Sterling nicht längere Zeit ziemlich stabil gehalten oder daß nicht geringfügige Aenderungen der Zölle, Quoten und Währungsbeschränkungen vorgenommen würden. Durch die Erklärungen Chamberlains werde jedoch jede Wahrscheinlichkeit einer wirklichen und endgültigen Währungsstabilisierung oder einer weitgehenden Verminderung der Handelsbeschränkungen in den Hintergrund gestellt. Zwar habe Chamberlain ausdrücklich von der Möglichkeit einer Rückkehr zum Goldstandard gesprochen, es sei aber klar, daß die von ihm geforderten Vorbedingungen für eine Rückkehr zum Gold noch sehr weit von der Verwirklichung entfernt seien.

Streikabbruch in Jerusalem sicher?

Jerusalem, 9. Oktober. In der Sitzung des arabischen Hauptkomitees, der Vertreter Ibn Sauds und Emir Abdullahs beiwohnten, wurden die Königsvorschläge zum Streikabbruch trotz gewisser Bedenken angenommen. Das Hauptkomitee wird am Freitag und Sonnabend noch die Meinungen einiger örtlicher Ausschüsse einholen, sodann erscheint die Veröffentlichung der Königsvorschläge und die Proklamation des Hauptkomitees an die Palästina-Araber über den Streikabbruch für die allernächsten Tage bevorzustehen. Damit erscheint auch eine Beendigung des Streiks nicht mehr als zweifelhaft. Im ganzen arabischen Palästina ist jedenfalls nach fast sechsmonatiger opferreicher Kampfzeit ein plötzlicher Optimismus durchgebrochen.

Ueberfall auf englische Tanks.

Jerusalem, 9. Oktober. Bei Zufahrern wurden englische Tanks von Freischärlern beschossen. Die Engländer erwiderten das Feuer, wobei 15 Araber getötet wurden.

Neuer Madrider Gesandter für Prag.

Burgos, 9. Oktober. Wie hier bekannt wird, hat die Madrider Scheinregierung den bekannten Sozialistenführer Luis Jimenez de Asua zum Gesandten in Prag ernannt. Der Sohn des Madrider Marine- und Luftministers Prieto wurde der Londoner Botschaft als Attaché zugeteilt.

Madrider Minister besucht Sowjetdampfer.

Moskau, 8. Oktober. Der Kapitän des im spanischen Hafen Alicante eingetroffenen Sowjetdampfers „Kuban" meldet nach einem Bericht der Taß funkentelegraphisch, daß das Schiff die aus Sowjetrußland stammende Ladung in zwei Schichten zu löschen begonnen habe. Der Dampfer erhalte andauernd Besuch von roten Abordnungen aus Madrid und von Verwandten. Von dem Arbeitsminister der Madrider Regierung und dem Kommandanten des Marinebereichs von Alicante sei dem sowjetrussischen Schiff ein Besuch abgestattet worden.

Wie aus Odessa gemeldet wird, wird der aus Alicante dorthin zurückgekehrte Sowjetfrachter „Neva" bereits seit zwei Tagen eiligst wieder für eine neue spanische Hilfsfahrt beladen.

Generalgouverneur für die besetzten Gebiete.

Burgos, 9. Oktober. Für die von den Nationalisten besetzten Gebiete ist der Posten eines Generalgouverneurs geschaffen worden, der seinen Sitz in Valladolid hat.

Die roten Behörden setzen die Bankberaubungen fort. Die katalanische Regierung hat 600 Millionen Peseten in den Banken beschlagnahmt. In San Sebastian wurde festgestellt, daß die Noten 1 Milliarde in Gold und Wertsachen aus den Banken gestohlen haben.

Griechische Kommunisten vor Gericht.

Athen, 9. Oktober. Der Leiter der Kommunistischen Partei Griechenlands, Zahariades, wurde vom Gericht zu 4½ Jahren Gefängnis und 2 Jahren Landesverweisung verurteilt. Der Hauptkassierer der Kommunistischen Partei, Mathalides, erhielt 4 Jahre 4 Monate Gefängnis. Außerdem wurde er auf zwei Jahre des Landes verwiesen. Drei andere Kommunisten wurden mit 4 Jahren Gefängnis und Landesverweisung auf 2 Jahre bestraft.

Deutsch-amerikanische Rundfunk-Austauschsendungen.

New York, 9. Oktober. Auf Grund von Verhandlungen, die Obergebietsführer Cerff mit dem amerikanischen Rundfunk und verschiedenen amerikanischen Jugendorganisationen in New York geführt hat, ist ab November monatlich eine halbstündige Austauschsendung zwischen der Jugend Amerikas und Deutschlands vorgesehen worden. Die Sendung wird jeweils zur Hälfte von Deutschland und zur Hälfte von Amerika bestritten werden und soll das gegenseitige Verständnis für die Jugendarbeit dieser beiden Länder weden.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.